

SOLIDARITÄT IST MEHR ALS HILFE

Kongreß „Städtepartnerschaft mit der Dritten Welt“ in Wels

Im Rahmen der vom Europarat im Jahre 1988 organisierten Nord/Süd-Öffentlichkeitskampagne unter dem Titel „Interdependenz und Solidarität“ veranstaltete der Österreichische Städtebund, das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum – KDZ und die Stadtgemeinde Wels am 29. November die Konferenz „Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt“.

Ziel dieser Konferenz in Wels war es, die vielfältigen Formen und Möglichkeiten entwicklungspolitisch-engagierten Handelns auf lokaler und regionaler Ebene aufzuzeigen ebenso wie darauf hinzuweisen, daß in Zukunft den Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung im Nord/Süd-Dialog zukommt. Unter der Devise „Global denken – Lokal handeln“ sind Bürger und Kommunalpolitiker aufgefordert, in Form von Städtepartnerschaften, von Projektunterstützung aber auch von entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit auf kommunaler Ebene aktiv zu werden.

1. Städtepartnerschaften in Österreich: Hintergründe und Motive für kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Bereits seit den 50er Jahren pflegen österreichische Gemeinden Kontakte mit ausländischen Kommunen. Zunächst innerhalb Westeuropas in Form von Städtepartnerschaften oder kommunaler Zusammenarbeit in Grenzgebieten. Neu ist gegenwärtig die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Gemeinden in Ländern der sogenannten Dritten Welt. Seit nunmehr über zehn Jahren engagierten sich ein knappes Dutzend Städtepartnerschafts-Initiativen in den Bundesländern für betroffene Bevölkerungsgruppen in der Dritten Welt. Das Interesse an internationaler Zusammenarbeit und Solidarität, an kultureller Vielfalt und an Völkerverständigung wird dadurch auf kommunaler Ebene signalisiert. Dabei werden nicht nur kleine, überschaubare Entwicklungshilfe-Projekte unterstützt, sondern in erster Linie auch Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit geleistet und zu erklären versucht, wie es zu Unrechtsstrukturen auf dieser Welt kommt und was dagegen unternommen werden kann, mit der zugrundeliegenden Einsicht, daß die „Zukunft der Dritten Welt auch die unsere ist“.

Erfahrungsberichte über die Arbeit aktiver und überaus erfolgreicher Städtepartnerschaftsgruppen in Österreich, Grundsatzreferate ausländischer Experten zu Fragen der Notwendigkeit kommunaler Entwicklungszusammenarbeit, das Benennen und Analysieren von Problemen aber auch von neuen Perspektiven und Herausforderungen für Städte- und Gemeindeverwaltungen in Bereichen internationaler Zusammenarbeit und Solidarität, die Präsentation einer Dokumentation über

„Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt: Beispiele aus Österreich“ sowie die Verabschiedung von „Empfehlungen zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit“ für Bürger und Politiker standen am Programm des Kongresses (1).

Die in der Kommunalpolitik geltenden Ziele und Grundsätze, wie die Sicherung der menschlichen Existenzgrundlagen, die Solidarität mit sozial Schwachen und Minderheiten, das Fördern vielfältiger Formen von Bürgerbeteiligung und Selbsthilfe bilden auch die Grundlage für Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene (2).

Zu den Handlungsmotiven entwicklungspolitischer Arbeit gehört aber auch, jene Probleme zu begreifen, die heute die Nord/Süd-Interdependenz bestimmen: Es handelt sich dabei um die Verschuldungsfrage, die überdimensionierten Agrar- und Nahrungsmittelproduktion in den Industrieländern, Fragen des Friedens und der Abrüstung sowie ökologische Probleme weltweiten Ausmaßes. Eine Veränderung dieser Situation wird es erst geben, wenn wir endlich verstanden haben, daß zum Beispiel die Zerstörung der brasilianischen Regenwälder genauso zu unserem Schicksal werden kann wie für die Brasilianer selbst.

Die Tatsache, daß internationale Entwicklungsprogramme und nationale Projektförderungs-Maßnahmen zunehmende Armut und die Anpassung vieler Entwicklungsländer „nach unten“ (3) als Folge der bestehenden Weltwirtschaftsordnung nicht verhindern konnten sowie die persönliche Erfahrung vieler Bürger, daß Spenden und karitative Hilfen (außer in Katastrophenfällen) nicht genügen, um die unbefriedigenden Beziehungen zwischen Nord und Süd zu verändern, löst bei immer mehr Bürgern Skepsis gegenüber den Instrumenten und Maßnahmen internationaler Politik aus. Bei vielen aber auch das Bedürfnis, etwas Konkretes zu tun. Dies wohl nicht nur aus moralischen Gründen allein, sondern aus dem Bewußtsein heraus, daß nur die aktive Teilnahme der Menschen des Nordens und des Südens sowie das Voneinander-Lernen unser Überleben, einen strukturellen Wandel in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und weltweiten Frieden auf Dauer sichern können. In diesem Sinne formulierte die Brandt-Kommission die Forderung nach einer „Intensivierung der kommunalorganisierten Nord/Süd-Arbeit zu einer Weltinnenpolitik“ (4).

In diesem Zusammenhang kommt auch der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, der Dezentralisierung, den Strukturverbesserungen im kommunalen und regionalen Bereich sowie dem Ausbau der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen in den Ländern des Südens eine wichtige Voraussetzung zur Lösung der übermächtig erscheinenden Probleme zu.

2. Internationale Unterstützung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit

Dem Bedürfnis, lokaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit, ist in den letzten Jahren auch durch internationale Organisationen und Gremien entsprochen worden:

War es die UNESCO, die im Jahre 1983 in Florenz die erste internationale Konferenz zum Thema „Städte und Entwicklungszusammenarbeit“ organisierte

(gemeinsam mit der UTO — United Towns Organisation und IULA — International Union of Local Authorities), so werden die Initiativen der Kommunen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit heute ganz besonders von den Europäischen Gemeinschaften und dem Europarat begrüßt und gefördert (5).

Im Jahr 1985 führte das wachsende Interesse der Gemeinden für lokale Nord/Süd-Aktivitäten zur Organisation der „1. Europäischen Konferenz für gemeinsame Aktionen von Städten, Gemeinden und nichtstaatlichen Organisationen für eine Nord/Süd-Entwicklungszusammenarbeit“ in Köln. Der Appell „Von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit“ wurde von den Teilnehmern dieser Konferenz verabschiedet; eine europaweite Kampagne, bekannt unter dem Titel „Towns and Development“, wurde anlässlich dieser Konferenz ebenfalls beschlossen (6).

Die Dezentralisierung der Aufgaben der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd sowie die Kooperation zwischen Dritte-Welt-Gruppen auf lokaler Ebene, Kommunalverwaltungen, Regierungsstellen und Nichtstaatlichen Organisationen spielen auch bei der auf Initiative des Europarates im Jahr 1988 organisierten und von den Mitgliedsländern durchgeführten Öffentlichkeitskampagne „Interdependence and Solidarity“ eine große Rolle. Nationale Organisationskomitees in allen 21 Mitgliedsstaaten setzten sich mit den sieben Problemfeldern, wie Handel, Landwirtschaft, Rohstoffe und Umwelt, Verschuldung, Entwicklungshilfe, Beschäftigung und sozio-kulturelle Beziehungen, die von den Initiatoren als gemeinsamer Referenzrahmen ausgewählt wurden, in vielfältiger Weise auseinander.

Eines zeigte sich dabei aber ganz deutlich: Eine wirkungsvolle Sensibilisierung der Öffentlichkeit war und ist nur dort möglich, wo Bürger zum aktiven Mittun mobilisiert werden können. Und dafür eignet sich der Schwerpunkt „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ ganz besonders, der in den meisten europäischen Ländern — neben Agrarpolitik und Verschuldung, den Themenvorgaben des Europarates als drängendstes Problem entnommen wurde.

Das ist auch das Ergebnis eines — Anfang November in Mainz stattgefundenen — Kongresses „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit — Erfahrungen und Perspektiven aus dem lokalen und regionalen Bereich im Rahmen der Nord/Süd-Kampagne des Europarates“, wo gemeinsam mit Vertretern kommunaler Foren, Politikern und Wissenschaftlern, die bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen der Nord/Süd-Kampagne kritisch bewertet und Möglichkeiten einer konsequenten und kontinuierlichen Weiterarbeit unter dem Leitmotiv der Europaratskampagne „Eine gemeinsame Zukunft, eine gemeinsame Aufgabe“ diskutiert wurden.

Dabei wurde mit Kritik an der Öffentlichkeitskampagne — insbesondere was die Vorbereitungen der Kampagne betraf — nicht gespart. Gleichzeitig wurde aber auch festgestellt, daß die anfängliche Skepsis und teilweise Ablehnung dieser Kampagne als eine „von oben“ diktierte durch zahlreiche Dritte-Welt-Gruppen und Organisationen im Laufe der letzten Monate durch die aktive Mitarbeit in Projekten relativiert werden konnte. Gemeinsam war der Kritik, daß die Europaratskampagne in der Öffentlichkeit nicht breit diskutiert wurde (7). Das Medienereignis war und ist sie nicht. Darin zeigt sich aber auch ein grundsätzliches Dilemma entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit. Eines ist der Kampagne dennoch gelungen: Sie hat Veränderungsprozesse in der europäischen Bevölkerung dort einge-

leitet, wo auf lokaler und regionaler Ebene neue Initiativen entstanden sind und die Bevölkerung in konkretes Handeln einbezogen wurde. Ein Hauptanliegen der Kampagne, nämlich die Sensibilisierung der Öffentlichkeit auf kommunaler Ebene, konnte dadurch erreicht werden. Und das stellt eine brauchbare Basis für die weitere entwicklungspolitische Informations- und Lobbyarbeit dar, die in Anlehnung an den „Madri der Appell“ (8), der Anfang Juni d. J. von 400 Parlamentariern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen in Madrid als zentrales Dokument der Nord/Süd-Kampagne formuliert wurde, auf kommunaler Ebene aufgegriffen und umgesetzt werden soll. Die Schlüsselfrage dabei bleibt, ob diese Ansätze das Verständnis für notwendige tiefgreifende Veränderungsprozesse in den asymmetrischen Beziehungen zwischen Nord und Süd einleiten können?

Neu waren bei der Konferenz in Mainz auch die Fragen, welche die rechtlichen Aspekte der kommunalen Nord/Süd-Arbeit bestimmen.

Als wichtigstes Ergebnis dieser Konferenz ist die Verabschiedung der „Mainzer Erklärung zur Ausweitung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit und Förderung der Informations- und Bildungsarbeit“ zu sehen. Dieses Dokument ist inhaltlich die Präzisierung und Aktualisierung des „Kölner Aufrufs“ unter besonderer Berücksichtigung der Empfehlungen an die Kommunen, wie sie im „Madri der Appell“ genannt sind.

Die Konferenz hat aber auch das Bewußtsein unter den Teilnehmern geweckt, über nationale Grenzen hinweg, die Aktivitäten stärker zu bündeln und den entwicklungspolitischen „Europäisierungsprozeß“ voranzutreiben durch verstärkte Zusammenarbeit und Absprachen in den Zielen und Inhalten. Gefordert wurde in Mainz auch die Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Entwicklungspolitik sowie begleitende Analysen entwicklungspolitischer Arbeit, wie sie beispielsweise von Mitarbeitern des Forschungsprogramms Entwicklungspolitik der Universität Bielefeld bereits geleistet wird.

3. Und wie geht es weiter in Österreich ...

Entsprechend dem europäischen Trend, kann auch für Österreich ein wachsendes Interesse der Gemeinden und Städte, Partnerschaften mit Kommunen der Dritten Welt einzugehen, festgestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Projekte der lokalen Entwicklungszusammenarbeit nicht Aufgaben isoliert arbeitender Außenseiter, sondern vielmehr als gemeinschaftliche Herausforderung der Kommunen zu begreifen sind. Dabei ist es auch wichtig, daß die Zusammenarbeit über die reine Hilfe hinausgeht, partnerschaftlich ausgerichtet ist und ganz besonders die dafür notwendige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune selbst miteinschließt.

In diesem Sinne wurde von Kommunalpolitikern, von Vertretern des Städtebundes ebenso wie von Außenamtsseite eine stärkere Zusammenarbeit angeregt und als Institutionalisierung dieser die Schaffung einer Plattform genannt. Die Konkretisierung dieser Idee muß zukünftig Gegenstand einer intensiven Diskussion zwischen Vertretern von Dritte Welt-Gruppen, von Nichtstaatlichen Organi-

sationen, von Kommunalpolitikern, von den Dachverbänden der Städte und Gemeinden sowie von Beamten auf Regierungsseite, sein.

Folgende Städtepartnerschaften mit Gemeinden in der Dritten Welt gibt es bereits seit einigen Jahren in Österreich:

Mürzzuschlag — Arusha (Tansania)
Gemeindeamt, 8680 Mürzzuschlag

Leibnitz — Pedra Badejo (Kap Verde)
Rathaus, 8430 Leibnitz

Salzburg — Singida (Tansania)
Imbergstraße 2, 5020 Salzburg

Salzburg — Leon (Nicaragua)
Imbergstraße 2, 5020 Salzburg

Linz — San Carlos (Nicaragua)
Weißenwolffstraße 5, 4020 Linz

Traun — El Jicaral (Nicaragua)
Stadtamt, Hauptplatz 1, 4050 Traun

Wels — Chichigalpa (Nicaragua)
Rathaus, Stadtplatz 1, 4600 Wels

Kontaktadressen:

Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien

Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungshilfe — ÖIE, Tuchlauben 8, 1010 Wien

IULA (Sitz der Kampagne T&D), Towns and Development
European Consortium for NGO and Local Authority Joint
Action for North-South Cooperation, c/o IULA, P.O.Box 90646, NL-2509 LP
The Hague, Netherlands

Österreichischer Entwicklungsdienst (ÖED), Türkenstraße 3, 1090 Wien

Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ), Wipplingerstraße 3, 1010 Wien

Österreichische Volkshilfe, Auerspergstraße 4, 1080 Wien

- (1) Unterlagen und weiterführende Informationen zum Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“, wie u.a. die Dokumentation „Städtepartnerschaften mit der Dritten Welt“ sowie die „Empfehlungen des Österreichischen Städtebundes zur Entwicklungszusammenarbeit“ erhalten Sie im: Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum – KDZ, 1150 Wien, Mariahilfer Straße 136, Tel. 0222/83 75 91/16 DW.
- (2) Vgl. dazu: Council of Europe/Standing Conference of Local and Regional Authorities of Europe: Hilfe kennt keine Grenzen – Rechtliche Aspekte zur „Kommunalen Entwicklungshilfe“, Dokument Nr. 02.21/13.706 vom 11. August 1987.
- (3) Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Interdependenz. Entwicklung – Umwelt – Frieden. Thesen zu vitalen Zusammenhängen, Nr. 3/1988, Bonn, S. 13.
- (4) Vgl. dazu: Bericht der Brandt-Kommission: Das Überleben sichern, Köln 1980.
- (5) Vgl. dazu: European Towns and Development Campaign (Hrsg.): Towns and Development. NGO and Local Authority Joint Action for North-South Cooperation. Case studies from Belgium, Germany, the Netherlands and the United Kingdom, The Hague 1988, 2. Auflage.
- (6) Vgl. dazu: epd-Entwicklungspolitik-Materialien Nr. 1/88: „Städte und Entwicklungszusammenarbeit“. In dieser Materialsammlung findet sich ein guter Überblick über Aktivitäten in verschiedenen europäischen Ländern im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.
- (7) Vgl. dazu: Nord/Süd: Zeitung der Nord/Süd-Kampagne Nr. 5.
- (8) Meridian – Informations-Bulletin of the European Campaign on North/South Interdependence and Solidarity: The Madrid-Appeal: Tackling the hard – some economic issues ... on a human base, No 5/July 1988.

Margaretha Kopeinig, Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik, 1010 Wien, Tuchlauben 8/6/16

DAC AID REVIEW OF AUSTRIA

The Development Assistance Committee (DAC) of the OECD met on 21st September 1988 under the chairmanship of Mr. Joseph Wheeler to review the development assistance efforts and policies of Austria. The Austrian Delegation was headed by Ambassador E. Hochleitner, Director-General of the Department of Development Aid in the Ministry of Foreign Affairs. The examining countries were Finland and Ireland.

The Committee noted with regret that in 1987 the volume of Austrian aid fell sharply for the second consecutive year to the lowest level in relation to GNP reported by DAC countries for that year. After having reached 0.38 per cent of GNP in 1985, Austria's ODA/GNP ratio fell in 1986 to 0.21 per cent and in 1987 declined further to 0.17 per cent, representing a decline between 1986 and 1987 by about 20 per cent in real terms to \$ 196 million. The decline in 1987 was the result of lower contributions due to multilateral organisations and lower net concessional export credits. If this downward trend is to be reversed and if Austria is to make progress towards its stated objective of reaching at least the DAC average ODA/GNP ratio (0.34 per cent in 1987) in the near future as a step towards achieving the 0.7 per cent target, a very substantial stepping-up in the Austrian aid effort will be required.

The Committee was disappointed that Austria had so far taken insufficient action on its recommendation that Austria concentrate its efforts on the strengthening of the volume of appropriate instruments of development co-operation. The Committee feels strongly that substantial increases in budget appropriations for aid are an essential condition for sustained improvements in the volume and quality of the Austrian aid programme. In view of the fact that Austrian aid appropriations account for only 0.3 per cent of the total Federal budget (compared to a DAC average of about 1.4 per cent of ODA in total government expenditure), the Committee felt that there should be some scope for an expansion of the aid budget even in a situation of budget restraint. The Committee urged the Austrian authorities to establish a medium-term programme for aid appropriations aimed at achieving the aid target which the Austrian Government has set itself.

The Committee noted that in line with DAC recommendations net concessional export credits recorded as ODA declined during the past two years, but with a share of about 36 per cent of total ODA in 1987 remained the largest single type of contributions. As a consequence, Austria is not in compliance with the DAC Terms Recommendation and in most other fields, where qualitative assessments are possible, Austrian aid quality also remains below the DAC average. In order to improve the quality of Austrian aid, the Committee urged the Austrian authorities to adopt a more rigorous selection procedure for the ODA-eligibility of these credits and their replacement by other forms of assistance, especially development

grants and loans which are more appropriate to the needs of low-income countries, at a rate faster than can now be anticipated.

Finally, the Committee suggested again a strengthening of the management capacity of the Austrian aid administration, particularly in such fields as appraisal, evaluation and the introduction of country programming. In order to overcome the present ad hoc character of project selection, a shift from the present focus on isolated projects to a more comprehensive country or sector focus would see to be required.

The Committee welcomed that the agreement signed by Austria in October 1985 with the World Bank on co-financing is now being implemented. Under this agreement Austria is committed to provide Sch. 1 billion (about \$80 million at the 1987 exchange rate) in the form of highly concessional loans to least-developed and other low-income countries in Sub-Saharan Africa in Compliance with DAC recommendations. The Austrian authorities were encouraged to expand their co-financing with the World Bank.

Source: OECD Press Release, PRESS/A (88) 49, Paris, 22nd September 1988.

AUSTRIA: VOLUME TRENDS OF OFFICIAL DEVELOPMENT ASSISTANCE (ODA)

i) ODA Disbursements *

	1984	1985	1986	1987
Current prices and exchange rates (\$ mill.)				
Total ODA	181.1	248.5	197.7	196.3
-- Bilateral	136.9	174.4	141.5	155.3
-- Multilateral	44.2	74.1	56.2	41.0
1986 prices and exchange rates (\$ mill.)				
Total ODA	254.4	350.5	197.7	157.8
-- Bilateral	192.3	246.0	141.5	124.8
-- Multilateral	62.1	104.5	56.2	33.0
National currency (Sch mill.)				
Total ODA	3 624	5 141	3 018	2 482
-- Bilateral	2 739	3 608	2 160	1 963
-- Multilateral	884	1 533	858	518
GMP ratios (%)				
Total ODA	0.28	0.38	0.21	0.17
-- Bilateral	0.21	0.26	0.15	0.13
-- Multilateral	0.07	0.11	0.06	0.04

* Series presented from 1984 onwards; the data for earlier years are incomplete.

ii) Federal Budget Aid Appropriations **

	1983	1984	1985	1986	1987
Sch billion	1.79	1.78	1.88	1.86	1.50
Per cent of Federal Budget	0.45	0.41	0.41	0.38	0.30
Per cent of GMP	0.15	0.14	0.14	0.13	0.10

** Encashment basis.

ODA net disbursements 1987														Total flows as % of GNP 1987
\$ mill.	% of GNP	% of DAC total	Average annual growth in real terms 1981/82-1986/87	Grant element of ODA 1986 (a)	Share of multilateral aid 1987 (b)		ODA to LDCs 1986 (c)							
					% of ODA	% of GNP	% of ODA	% of GNP						
Australia	618	0.33	1.5 (d)	-0.6 (d)	100.0	13.6	0.04	(d)	17.2	0.08	0.58 (d)			
Austria	196	0.17	0.5 (d)	-9.7 (d)	79.6	20.9	0.04		(d)	11.7	0.02			
Belgium	592	0.49	1.7 (d)	-2.3 (d)	(97.8)	21.9	(40.2)	0.11	(0.20)	(d)	26.4	0.13		
Canada	1,885	0.47	4.6	6.2	99.9	33.2	0.15			26.2	0.13	0.59		
Denmark	859	0.88	2.1	6.3	97.4	40.2	(46.6)	0.35	(0.41)	34.4	0.30	0.85		
Finland	433	0.50	1.0	14.5	98.4	39.3	0.20			35.1	0.16	0.67		
France incl.] DOM/TOM excl.]	6,600	0.75	15.9 (d)	1.9 (d)	86.1	11.9	(18.7)	0.09	(0.14)	(d)	18.3	0.13		
Germany	4,391	0.39	10.6	-0.9	89.1	18.1	(29.6)	0.07	(0.12)		25.0	0.11		
Ireland	51	0.20	0.1	2.8	100.0	15.8	(46.8)	0.03	(0.09)		35.9	0.10		
Italy	2,615	0.35	6.3	18.0	(96.0)	19.0	(28.2)	0.07	(0.10)		44.4	0.18		
Japan	7,454	0.31	18.0 (d)	5.7 (d)	81.7	29.6	0.09		(d)	26.7	0.08	0.86 (d)		
Netherlands	2,094	0.98	5.1	0.1	97.6	24.3	(32.3)	0.24	(0.31)		27.9	0.28		
New Zealand	87	0.30	0.2	0.9	100.0	23.5	0.07			13.0	0.04	0.42		
Norway	890	1.09	2.1	7.9	99.4	40.7	0.45			34.0	0.41	1.12		
Sweden	1,377	0.88	3.3	1.2	(99.8)	34.9	0.31			29.4	0.25	1.00		
Switzerland	547	0.31	1.3 (d)	6.4 (d)	99.2	28.9	0.09		(d)	34.5	0.10	1.52 (d)		
United Kingdom	1,865	0.28	4.5	-2.9	100.0	26.8	(46.3)	0.07	(0.13)		26.2	0.08		
United States	8,776	0.20	21.2 (d)	2.0 (d)	96.8	22.3	0.04		(d)	15.2	0.03	0.26 (d)		
TOTAL DAC	41,430	0.34	100.0	2.6	(92.7)	23.4	(28.0)	0.08	(0.10)		23.8	0.08		

a. Excluding debt reorganisation.

b. Excluding contributions to the EEC; in brackets including contributions to the EEC.

c. Net disbursements. Allocated accounts only. Bilateral and imputed multilateral flows.

d. Preliminary.

SÜDPAZIFISCHER REGIONALISMUS – ZUR ZWISCHENSTAATLICHEN REGIONALEN ZUSAMMEN- ARBEIT IN OZEANIEN

Kurzbericht über die politikwissenschaftliche Dissertation „Südpazifischer Regionalismus“ von Klaus Pendl, Salzburg 1987, 253 Seiten.

Noch heute werden die südpazifischen Inseln von dem meisten „Beobachtern“ als ein friedliches tropisches Paradies angesehen. Erst jüngste Ereignisse (u.a. wiederholte Unruhen in Neukaledonien und zwei Militärputsche in Fiji 1987) haben die Region zu etwas häufigerem, wenn auch nach wie vor sehr marginalem und punktuelltem Aufscheinen in der internationalen Medienwelt verholfen. Ein wichtiges Ziel der vorliegenden Arbeit ist es deshalb, das bislang häufig recht verschwommene bis nichtexistierende Bild der südpazifischen Region etwas eingehender zu differenzieren.

Als Gegenstand der Untersuchung fungiert dabei die zwischenstaatliche regionale Zusammenarbeit der südpazifischen Entwicklungsländer, an der zum Teil auch Großbritannien, Frankreich und die USA sowie die beiden südpazifischen OECD-Staaten Australien und Neuseeland (insgesamt also die ehemaligen und zum Teil noch heutigen Kolonialmächte) beteiligt sind. Der relative Mangel an Sekundärliteratur zu dieser Thematik konnte durch einen Forschungsauftrag in dem zur Frage stehenden Raum teilweise kompensiert werden.

Ausgehend von einem Theorieteil mit Bezügen vor allem zur Integrations- und Mikrostaatentheorie und entsprechenden Hypothesen wird die Region in geographischer, ethnischer, sozio-ökonomischer und historischer Hinsicht sowie bezüglich ihrer Stellung im internationalen System charakterisiert.

Im Anschluß daran werden die Entwicklung der verschiedenen Regionalorganisationen (hauptsächlich der „South Pacific Commission“ und des „South Pacific Forum“ mit verschiedenen Tochterorganisationen) und die Zusammenarbeit nach den wichtigsten Bereichen (Diplomatie, Unterricht und Forschung, Handel und wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz, Schifffahrt, Zivilluftfahrt, Telekommunikation und Fischerei) behandelt. In einem weiteren Abschnitt wird die Motivation der beteiligten Länder hinterfragt; zu diesem Zweck werden den Regionalismus fördernde und hemmende Einflüsse aufgelistet. Das Schlußkapitel bringt eine kondensierte Zusammenfassung und eine weitgehende Bestätigung der eingangs formulierten – und zum Teil an anderen Entwicklungsländern bereits erprobten – Hypothesen.

Zu den interessanteren Thesen der Arbeit kann die weitgehende Irrelevanz der konventionellen Integrationstheorie – vor allem aufgrund des minimalen intraregionalen Handlungspotentials – für die meist sehr kleinen Entwicklungsländer des Südpazifiks gezählt werden.

Weiters scheinen die durch regionale Zusammenarbeit unternommenen Entwicklungsbemühungen die Unterschiede zwischen den Ländern der Region verstärkt zu haben. Dies führte durch eine daraus resultierende breitere Streuung der Erwartungshaltungen rückwirkend wiederum zu einer Belastung für den südpazifischen Regionalismus.

Anstelle einer integrativen Ausrichtung tritt bei den südpazifischen Regionalorganisationen häufig das stark pragmatisch geprägte Betreiben der regionalen Zusammenarbeit auf diversen kurz- bzw mittelfristig allseitigen Nutzen versprechenden Gebieten.

In einigen (in erster Linie melanesischen) Ländern ist der Nationenbildungsprozeß nicht vollständig vollzogen. Dies erschwert oder verhindert dabei vor allem aufgrund erhöhter nationaler Sensibilitäten vielfach die effiziente Nutzung der regionalen Kooperation.

Die außenpolitischen Aktivitäten der insularen Klein- und Mikrostaaten sind in funktionaler und geographischer Hinsicht eng begrenzt, wobei intergouvernementale – vor allem regionale – Organisationen die wichtigsten Handlungsarenen darstellen.

Ähnlich wie auch bei anderen Entwicklungsländern sind auch im Südpazifik regionale Prozesse sehr stark von der Außenwelt (und insbesondere von den Kolonialmächten) abhängig. Die Erwartungshaltungen der beiden beteiligten Ländergruppen sind durchaus unterschiedlich: v.a. wirtschaftliche Entwicklung und verstärkte Eigenständigkeit auf seiten der insulanischen Ländern, nicht zuletzt auch strategische Interessen bei den „metropolitanen“ Staaten. Dies führte dazu, daß der südpazifische Regionalismus – in offensichtlichem Interesse beider Seiten – auch heute noch, obwohl inhaltlich inzwischen weitgehend von den insulanischen Ländern bestimmt, sehr stark von den finanziellen Beiträgen der metropolitanen Staaten abhängig bleibt. Dieser besondere Umstand sowie die Tatsache, daß an den südpazifischen Regionalorganisationen neben den unabhängigen oder selbstregierenden südpazifischen Entwicklungsländern auch verschiedene industrialisierte Staaten und deren abhängige Territorien beteiligt sind, verleihen dem südpazifischen Regionalismus letztendlich sein ebenso einzigartiges wie charakteristisches Gepräge.

Klaus Pendl, Wiedner Gürtel 32/5, 1040 Wien

Arno Tausch, Jenseits der Weltgesellschaftstheorien, Fink Verlag, München 1987, XII + 995 Seiten, DM 98,—.

Das Buch setzt das bisherige Bestreben des Autors fort, quantitative Methoden stärker in der Politologie zu verankern und zeigt das große Wissen Tauschs auf dem von ihm seit Jahren bearbeiteten Gebiet. Die verwendete quantitative Methode besteht in der Anwendung des SPSS (Statistical Package for the Social Sciences) auf eine Fülle entwicklungsrelevanter Daten.

Leider ist das Buch keineswegs benutzerfreundlich. Sowohl der Umfang als auch der Stil erschweren das Lesen. Außerdem zitiert Tausch in sehr umfangreichen Weise; Zitate über (mehr als) eine halbe Seite sind keine Seltenheit. Sie inkludieren z.B. Thomas Bernhard oder den Herrn Karl, was sich durchaus amüsant liest, jedoch zur Straffung der Arbeit nicht gerade beiträgt. Die Fülle seines Wissens treibt Tausch auch sehr oft in lange Exkurse und verleitet ihn zu Zusatzinformationen, sodaß der Faden des Arguments nicht immer klar offen liegt, sondern manchmal erst gesucht werden muß. Auch eine Kürzung ellenlanger Zitate auf den wesentlichen Punkt mit einer Angabe, wo der Originaltext zu finden ist, wäre anzuraten gewesen. So ist das Buch leider eine schwierige Lektüre.

Bei der Verarbeitung der Daten geht Tausch mit der quantitativen Forschung meist eigenen Unbekümmertheit im Hinblick auf Verlässlichkeit, Aussagekraft oder Vergleichbarkeit vor. Dabei wurde im Rahmen der Diskussion um das BNP als Wohlfahrtsmaß bzw. seines Ersatzes durch Sozialindikatoren, hierüber sehr breit diskutiert. Gunnar Myrdal, ebenso wie beispielsweise das UNRISD, haben sehr dezidiert vor zu großer Datengläubigkeit gewarnt. Es muß aber betont werden, daß dieser Vorwurf keineswegs an Tausch alleine gerichtet sein kann, er befindet sich in großer und zum Teil illustrierender Gesellschaft.

Insbesondere Daten über am wenigsten entwickelte Länder sind oft wertlos, wie kritische Überprüfungen zeigen. Bei der Einkommensverteilung weist jeder Weltentwicklungsbericht darauf hin, daß extreme Vorsicht angebracht sei, obwohl es sich bei diesen Daten um die „besten“ handle. Die Alphabetenrate ist ebenso problematisch, erwähnt doch bereits die Quelle selbst, daß diese Prozentsätze nicht für alle Länder vergleichbar seien. Seit 1984 veröffentlicht die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung diesen Indikator nicht mehr. Mit gutem Grund: wies sie doch bis dahin Werte von 98 bis 100 (!) % Alphabeten für die Industrieländer aus. Daß z.B. 99 % für die USA simpel falsch sind (wie im Weltentwicklungsbericht 1983 angegeben), ist nachweisbar. Rund ein Drittel der US-Bürger sollen nach ernst zu nehmenden Schätzungen nicht korrekt Lesen und Schreiben können, und es ist kaum anzunehmen, daß sie dies seit 1983 verlernt haben. Logisch betrachtet könnten die Daten für z.B. Afrika dennoch genauer und besser sein als für die USA, wahrscheinlich ist dies sicher nicht.

Der Autor gibt sich als Verfechter der Stadientheorie zu erkennen. Daher wäre ein Einarbeiten W. W. Rostows, zumindest aber ein kurzer Literaturhinweis, angebracht gewesen. Eine Sichtung der auf Rostows Publikation folgenden Diskussion, die auch massive Kritik enthielt, hätte die Arbeit theoretisch vertieft. Die Hauptaussage faßt Tausch auf Seite 903 kurz zusammen: „Liberalen Ordnungen brauchen die soziale Gerechtigkeit, damit sie optimal funktionieren können, und Pluralität und liberale Demokratie widersprechen nicht den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung.“ Dezentralisierung und Markt werden zu entscheidenden Erfordernissen einer Gesellschaft mit hohem Entwicklungsniveau und stabilem, institutionellem Rahmen. Ausgehend von dieser These versucht Tausch den „österreichischen Weg“ im Vergleich mit der Entwicklung anderer Länder kritisch zu prüfen.

Für Österreich kommt Tausch zum Schluß, daß das verfolgte Modell nicht „häßlich aber effizient“ sei, sondern auch nicht effizient. Hierbei führt Tausch Daten wie etwa die hohe Selbstmordrate an und beschreibt Österreich als autoritär-illiberales System, als „Neurosesgesellschaft“. Mit einer Partialkorrelation von + 0,3784 (S. 597) zwischen Abwesenheit von Korporatismus und BIP-Wachstum 1960 – 80 untermauert Tausch schlußendlich seine These, daß die Ruhe des „österreichischen Klimas“ einem kapitalistischen Wachstum nicht förderlich sei.

Aus Platzgründen soll auf eine genauere Auseinandersetzung mit dem Österreich-Teil der Arbeit hier verzichtet werden. Es überrascht jedoch, wenn Japan als Land stark verwurzelter liberaler Ordnung und vergleichsweise sozialer Egalität speziell angeführt wird. Da der Liberalitätsbegriff für Tausch zentral ist, muß hierauf näher eingegangen werden. Auch Japan hat eine hohe Zahl von Suiziden, kennt extreme soziale Ausgrenzung, wie das Beispiel der Burakumin zeigt, und hat die Gleichberechtigung der Frau mit Sicherheit noch nicht erreicht. Letzteres wird vom Autor – zu Recht – als wichtiger Indikator für die Entwicklung und Liberalität einer Gesellschaft gesehen. Übrigens entsprechen wohl auch die „Schwellenländer“ kaum einem Idealbild der Liberalität. Hier hätte eine präzisere und besser nachvollziehbare Definition sicher gut getan.

Offenbar meint Tausch auch gelegentlich die Sozialpartnerschaft, wenn er Keynesianismus schreibt, was im Hinblick auf den Austrokeynesianismus erklärbar ist, jedoch zu etwas problematischen Aussagen führt, etwa wenn einerseits (S. 895 f.) eine Steigerung der Massenkaufkraft durch egalitärere Einkommensverteilung verlangt wird, während auf S. 901 ein Effizienzverlust des Keynesianismus beklagt wird. Sicherlich stimmt die General Theory mit dem ersten Postulat überein, und sicherlich ist die Einkommensverteilung in Österreich nicht sehr egalitär, was als praktisches Versagen Keynes'scher Ideen gesehen werden kann, doch ist die Formulierung mißverständlich.

Die Interdisziplinarität der Arbeit ist begrüßenswert, trotzdem muß man darauf hinweisen, daß dem Autor im Bereich der Ökonomie problematische bzw. diskussionswürdige Formulierungen unterlaufen. So übernimmt er kritiklos eine Ansicht, die in der Debatte um den Gemeinsamen Fonds schon widerlegt wurde, nämlich, daß der Marktmechanismus dazu tendiere, Einkommensinstabilitäten zu verringern. Ob Ausgleichslager stabilisieren oder destabilisieren, hängt jedoch von

der Funktionsform, den Elastizitäten und der Art des Schocks ab. Oder, um ein letztes Beispiel zu geben: sowohl Prebisch als auch Giersch meinen, daß ein höherer Lebensstandard nur auf einer Industrialisierung des Landes beruhen kann. Ein Widerspruch zwischen den beiden ist in dieser Hinsicht nicht vorhanden.

Der Begriff Dependenz wird vom Autor vor allem auf Bornschier eingeschränkt. Es wäre dienlich gewesen, dies gleich zu Beginn entsprechend klar zu stellen oder öfter (wie auf S. 278) in Erinnerung zu rufen, da hiermit viele Angriffspunkte und Mißverständnisse abgebaut werden könnten. Selbst im Falle Bornschiers läßt sich die Einschätzung Tauschs diskutieren, die dependencia insgesamt weist jedoch, wie allgemein bekannt, nicht die Homogenität der Neoklassik oder der Marxisten auf. Sie besteht aus Vertretern, die vom rechten (nationalen) Rand bis zu linken Marxisten reichen, weshalb Ideenzuweisungen mit minutiöser Genauigkeit erfolgen sollten. Jedenfalls ist Dependenz nicht gleich Ausbeutung (vgl. S. 898), sie verunmöglicht auch keinesfalls Entwicklung, wie viele dependistas anhand Kanadas argumentieren. Die durchgehende Meinung aller dependistas ist aber, daß im Falle der Peripherie die Abhängigkeit sehr wohl zur Benachteiligung genutzt wird, sodaß ihnen ein gewisser Entwicklungspessimismus für die Peripherie insgesamt angebracht erscheint. Daher argumentiert Dos Santos im von Tausch kritisierten Zitat ganz korrekt, daß Dependenz an sich sowohl positive wie negative Effekte haben kann. Ein abhängiges Land kann sich entwickeln und wird sich auch entwickeln, sofern dies im Interesse des Zentrums liegen sollte. Schließlich ist der Vorwurf, die Dependenz- und Weltsystemansätze hätten die Folgen verzerrter Preissysteme übersehen, kaum haltbar, wie die Diskussion um den Ungleichen Tausch belegt.

Auch der Vorwurf, die dependencia vernachlässige interne Faktoren, scheint in der Tausch'schen Form problematisch, wie z.B. der Begriff der strukturellen Heterogenität zeigt, sodaß Unterschiede zum sozio-liberalen Ansatz des Autors (auch im Hinblick auf manche orthodoxe Ökonomen) besser herausgearbeitet hätten werden sollen. Die dependencia kann am besten dogmenhistorisch begriffen werden. Nach der ersten Phase entwicklungsökonomischen Denkens, die Entwicklungshindernisse in den Ländern selbst suchte und zu internen Reformen riet, kam nach dem mißglückten Versuch des desarrollismo als Gegenbewegung eine stärkere Betonung der äußeren Entwicklungshemmnisse, wobei jedoch der interne Aspekt nie gänzlich vergessen wurde, sowie später, in der Weiterführung der Analyse, wiederum eine verstärkte Betonung interner Gegebenheiten. Insbesondere die Schule des Ungleichen Tausches betont die Wichtigkeit der Massenkaufkraft für die Entwicklung (Emmanuei, Amin, Marini), wie überhaupt das Absaugen von Kaufkraft von den dependistas als eines der Kernprobleme der Entwicklung gesehen wird. Meinung der dependistas ist allerdings, daß die internen Strukturen durch die Weltwirtschaft und Weltpolitik mitbestimmt werden, was sich insbesondere in Lateinamerika durch die Geschichte der Interventionen sehr eindrucksvoll untermauern läßt. Allerdings unterstützt gerade die fehlende Liberalität von Militärdiktaturen die Hauptthese des Autors recht gut.

Im Rahmen seiner Analyse mißt Tausch dem Energiekonsum und der Lebenserwartung große Bedeutung zu. Die Verwendung des Energiekonsums (pro Kopf) ist wegen der unterschiedlichen, klimatischen Bedingungen problematisch, aber

auch deshalb, weil z.B. die RGW-Länder bei vergleichsweise geringerer Effizienz als der Westen große Energiekonsumenten sind und der Energiekonsum mit der Umstrukturierung zur Tertiärwirtschaft tendenziell abnimmt. Letzteres mag für die von Tausch beobachtete Periode noch weniger stark getroffen haben.

Die Wahl der Lebenserwartung spiegelt den Versuch wider, von den Problemen der VGR-Größen als Wohlfahrtsindikator weg zu kommen. Obwohl sich hierdurch nicht alle Meßprobleme lösen lassen, erscheint dieser Indikator gut gewählt, wenn gleich er stark mit dem BNP/Kopf korreliert. Interessant ist, daß Tausch einerseits durch die Betonung der Lebenserwartung als relevanten Indikator Kritik am VGR-Konzept erkennen läßt, andererseits an anderer Stelle eine sehr mechanistische und nicht unbedenkliche Übernahme dieser Konzepte durchführt. Im speziellen sei hier auf seine Argumentation über die Bevölkerungsentwicklung verwiesen.

Wiederholt nennt Tausch die Wehrpflicht als notwendige Bedingung der Entwicklung. Im Hinblick auf die historische Entwicklung Großbritanniens, der USA und Japans seit dem Weltkrieg wirft dies zumindest Fragen auf. Die Frage, ob überhaupt ein Kausalzusammenhang zwischen Militär und Entwicklung besteht, wird nicht im wünschenswerten Ausmaß beantwortet.

Ob die kanonische Korrelation wesentliche Vertiefungen der Argumente bringen kann, sei dahingestellt. Ökonometrische Lehrbücher, wie etwa Johnston, weisen darauf hin, daß es schwierig sei (ökonomische) Erklärungen für deren Ergebnisse zu finden. Das Buch empfiehlt daher, diese eher für die erste Suche nach Zusammenhängen dort zu verwenden, wo kaum oder kein (theoretisches) Vorwissen besteht. In der Ökonomie wird diese Methode auch kaum verwendet. Der Autor, ein gewiegter Kenner quantitativer Methoden, warnt deshalb auch deutlich vor einer Überbewertung der Ergebnisse.

Insgesamt birgt dieses Buch, dessen Umfang und Vielfalt eine Besprechung nicht erleichtert, eine Reihe interessanter und stimulierender Gedanken. Eine Straffung der Argumentation und eine bessere Lesbarkeit wären zu wünschen. Auch hätte manches quantitative Ergebnis zugunsten einer stärkeren theoretischen Fundierung zurückgenommen werden können. So wie es ist, bietet das Buch mehr Diskussionsanreize und Ideen als mit letzter Präzision durchgeführte, grundsätzliche Argumentationslinien. Die Anwendung des SPSS-Pakets ist zweifellos eine Neuerung in der politikwissenschaftlichen Forschung Österreichs.

Kunibert Raffer

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:

Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2-zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.

2. Zitierweise:

Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: „wörtliches Zitat“ (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1984, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu nummerieren.

3. Zusammenfassung:

Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.

4. Autorennotiz:

Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.

5. Begutachtungsverfahren:

Sämtliche einlangenden Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, 1030 Wien, Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

1989/1	Südliches Afrika
1989/2	Offenes Heft
1989/3	Bevölkerung und Entwicklung in Afrika